

## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** JHA/07/2007  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 12.09.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Offene Ganztagschule  
- Teilnahme der Stadt Hagen am Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit"  
Vorlage: 0847/2007
7. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe  
Vorlage 0542/2007 - Vorstellung des Jahresberichtes des DGB
8. Präsentation der Arbeitsergebnisse der AG Wohnen
9. Vorschlag der CDU-Fraktion gem. § 6 GeschO des Rates  
Hier: Informationen des Fachbereiches Jugend & Soziales im Internet  
Vorlage: 0822/2007
10. Erste Durchführungsvorlage zum Kinder- und Jugendförderplan 2007 - 2009;  
Einrichtung des Kinder- und Jugendzentrums Wehringhausen sowie Fortführung der Angebote für Jugendliche in Kabel  
Vorlage: 0811/2007



11. Zwischenbericht über die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm Soziale Stadt  
Vorlage: 0737/2007
12. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Feststellung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird Herr Andreas Dittert vom Hagener Familiengericht als neues Mitglied im Jugendhilfeausschuss verpflichtet.

Herr Reinke möchte von der Verwaltung wissen, ob sie schon einen Termin für den Runden Tisch bezüglich der Kinderschutzambulanz vereinbart habe. Ansonsten würde er um Erweiterung der Tagesordnung bitten.

Herr Dr. Schmidt bedauert, dass dies leider vergessen worden sei. Man werde sich unverzüglich darum kümmern und Kontakt mit dem Gesundheitsamt aufnehmen.

Herr Strüwer stellt fest, dass der zeitliche Rahmen nun vorgegeben sei. Spätestens im Oktober würde der Termin stattfinden.

Herr Reinke ist damit einverstanden.

#### 2. Mitteilungen

Herr Goldbach teilt mit, dass der für September/Oktobre geplante Besuch der Jugendlichen aus Modein leider nicht stattfindet. Man habe jetzt alternativ einen Termin im März 2008 angeboten.

Weiterhin berichtet er, dass die Bundesagentur für Arbeit in diesem Jahr großzügige Mittel für die Berufsorientierung zur Verfügung gestellt habe. Der Fachbereich sei in zwei Projekte mit eingebunden, die dann von Trägern durchgeführt würden. Das bedeute, dass man endlich mit Hilfe der Fördermittel aus dem SGB III im schulischen Bereich präventiv tätig werden könne.

Herr Haensel informiert darüber, dass die Förderung des Straßenkinderprojektes jetzt auslaufe. Man sei gerade dabei, einen Abschlussbericht zu erstellen, der auch dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden solle. Mit Hilfe von Spendenmitteln sei es gelungen, den Übergang nach Auslaufen der Förderphase bis zum Jahresende sicher zu stellen. Dann hoffe man natürlich auf weitere Gespräche.

Herr Fischer berichtet zum Lokalen Aktionsplan Toleranz und Demokratie, dass dort eine Vielzahl von Anträgen vorläge, unter denen der Zuschuss aufgeteilt werden müssten.



Das Spielmobil in Altenhagen werde seinen Dienst einstellen, weil das Förderprogramm zu Ende sei. Es werde aber an anderer Stelle weitergeführt werden können, weil es gelungen sei, es in die Planung mit dem Offenen Ganztag einzubauen.

### 3. Anliegen der Jugendräte

Frau Caliskan berichtet über die Aktivitäten der Jugendräte. Sie lädt die Anwesenden ganz herzlich zum Weltkindertag am 15. September ein.

Herr Traut setzt den Bericht fort und bittet anschließend den Vorsitzenden um Erlaubnis, dass ein anwesender Jugendlicher in eigener Sache einen Vortrag halten darf.

Herr Marcel Reinsch trägt sein Anliegen vor. Es gehe ihm darum, dass er für die Stadt Hagen legale Wände ausfindig machen wolle, an denen junge Menschen sich kreativ ausleben könnten. Dabei würden keine Kosten für die Stadt entstehen.

Der Bruder von Herrn Reinsch ergänzt die Ausführungen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass es hier um eine Kunstform gehe, die für viele junge Menschen bedeutsam sei. Er regt an, **dass sich das Kinder- und Jugendbüro mit den jungen Männern und deren Mitstreitern damit befasst, welche Möglichkeit es gibt, legale Flächen zur Verfügung zu stellen und diese dann auch entsprechend künstlerisch zu gestalten.** Das Einverständnis der Ausschussmitglieder vorausgesetzt, bittet er die Verwaltung, dieses Vorhaben positiv zu begleiten.

Außerdem setzt er den Ausschuss darüber in Kenntnis, dass es in Sachen Parken auf dem Schulhof auf der Hestert im Rat eine kontroverse Diskussion gegeben habe. Zum Schluss sei mit 26 zu 25 Stimmen entschieden worden, dass der Hestertschulhof sowohl an den Wochenenden als auch in den Ferien weiterhin nur als Spielplatz genutzt werde. Er freue sich darüber, dass solche Erfolge aufgrund des Engagements junger Leute möglich seien.

### 4. Bündnis für Familien

Dieser Tagesordnungspunkt entfällt, da Frau Schmitz erkrankt ist.



## 5. Stand der Umsetzung des KiBiz

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert anhand einer Foliendarstellung (**siehe Anlage**) den Stand der Umsetzung des KiBiz. Abschließend stellt er fest, dass wenig Zeit bliebe und die Aufgabenstellung für die Verwaltung schwierig und sehr komplex sei.

Herr Dr. Schmidt äußert seine Verwunderung darüber, dass sich die „kommunale Familie“ in den bisherigen Städtetagsäußerungen deutlich zurückgehalten und eher das KiBiz wohlwollend begleitet habe. Das könne nur aus der in den Anfängen guten Zusammenarbeit mit dem Ministerium Laschat resultieren. Sein Fazit, was die spezielle Hagener Situation angehe, sei positiv, was den Bildungsauftrag und die Flexibilisierung angehe. Im Gegensatz dazu stünden die Planungsunsicherheit der Trägerlandschaft und des Jugendamtes und die zukünftige finanzielle Belastung für die Eltern und die Stadt Hagen. Man habe gerade eine Erhöhung der Beiträge hinter sich. Das Landbürde der Kommune die alleinige Verantwortung auf. Das sei keine Landespolitik, wie er sie sich wünsche.

Herr Dr. Brauers weist nochmals darauf hin, dass das Gesetz noch gar nicht beschlossen sei. In Hagen seien die Planungen schon weit gediehen. Dieses Gesetz bringe eine völlig neue Angebots- und Nachfragestruktur mit sich. Man wolle die Belastung der Eltern nicht ins Unermessliche vorantreiben. Ziel sei es, zum nächsten Kindergartenjahr ressourcenschonende Angebote auf den Markt zu bringen.

Herr Strüwer lobt die Arbeit der Verwaltung. Er fände es gut, dass man im Gespräch mit den Trägern und in einem klaren Zeitablauf stehe, welche Themen in welchem Zeitraum behandelt werden müssten. In Entgegnung zu der Aussage zu Dr. Schmidt erklärt er, dass er es sehr gut nachvollziehen könne, dass sich die „kommunale Familie“ differenziert geäußert habe. Er teile ausdrücklich die Einwendungen, wenn es darum gehe, wie derzeit die Unsicherheit bei den Trägern und Eltern geschürt werde. Er setze sehr auf die Durchsetzungsverordnung, diese aus der Welt zu schaffen. Er baue darauf, dass man in Hagen zu auskömmlichen Lösungen kommen könne.

Herr Dr. Schmidt befürchtet, dass die Eltern nicht verstehen würden, dass es aufgrund dieses neuen Gesetzes erneut zu Diskussionen über höhere Beiträge kommen könne.

Herr Schledorn berichtet, dass im Landtag eine Expertin auf Nachfrage festgestellt habe, dass insbesondere die Kommunen mit größeren sozialen Schwierigkeiten erheblich größere Probleme haben würden, dieses Gesetz umzusetzen.

Frau Köppen ist der Meinung, dass das Land der Kommune zusätzliche große Probleme zumute.



Herr Dücker erklärt, dass ihm wichtig sei, dass das Konnexitätsprinzip wenigstens einigermaßen eingehalten würde. Städte wie Hagen hätten es natürlich besonders schwer.

Er weist auf eine Beispielsrechnung in Köln hin, deren Ergebnis er nicht kenne. Wie viel mehr sei für Köln dabei raus gekommen?

Herr Steuber antwortet, dass er eine Internetrecherche mit dem Ergebnis betrieben habe, dass die Stadt Köln kalkuliere, die Beiträge bis zu 60 % anheben zu müssen.

Herr Haensel stellt fest, dass er als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege betonen möchte, dass sie das KiBiz in der vorliegenden Form ablehnen. Grundlegende Kritik sei nicht noch einmal aufgegriffen worden. Er empfinde dies als ein Verlust für Familien und Kinder und eine hohe Hürde für Träger.

Herr Strüwer erklärt abschließend, dass er der Verwaltung im Zusammenwirken mit den Trägern einen guten Einstieg und handhabbare Ergebnisse wünsche.

## 6. **Offene Ganztagschule - Teilnahme der Stadt Hagen am Landesprogramm "Kein Kind ohne Mahlzeit" Vorlage: 0847/2007**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer weist auf eine Tischvorlage hin, die zu diesem Thema ausgelegt worden sei. Er bittet die Verwaltung, diese Vorlage ausführlich vorzustellen.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass man sich im Verwaltungsvorstand mehrfach mit dieser Thematik befasst habe. Er dankt ausführlich den Initiativen, die seitens der Presse und der evangelischen Jugend ins Leben gerufen worden seien. Man habe sich im Vorstand dazu entschieden, die Co-Finanzierung seitens der Stadt aufzubringen. Im Ergebnis schlage man vor, aus der Sparkassenspende 2008/2009 jeweils maximal 100.000 € zu bewilligen.

Herr Kortmann erläutert die Vorlage.

Herr Haensel verweist in diesem Zusammenhang auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen. Die Probleme mit mangelhafter Ernährung begännen schon weit vor der Schule.

Herr Gebauer begrüßt das Landesprogramm ausdrücklich. Er äußert den Wunsch und die Hoffnung, dass die Abwicklung der weitergeleiteten Zuschüsse möglichst unbürokratisch geschehe. Die zugrunde gelegte Rechengröße von 200 Tagen sei außerdem zu niedrig angesetzt.

Auch Herr Fischer begrüßt das Programm sehr. Man habe sich an einem unbü-



rokratischen Modell aus Witten orientiert. Er dankt den Vertretern der Stadt, die dieses möglich gemacht hätten.

Herr Strüwer stellt fest, dass sich der Ausschuss darüber einig sei, dass es ein Skandal sei, wenn Kinder den ganzen Tag über keine warme Mahlzeit bekommen. Er denke, dass es eine wichtige Aufgabe der Träger sei, die Eltern anzuhelfen, die sich bisher verweigerten. Dies sei eine gesellschaftlich enorm wichtige Aufgabe. Er lobt den Einsatz von Hagener Privatleuten, Unternehmen und den Trägern.

Herr Schledorn gibt zu bedenken, dass es für Eltern, die Hartz IV-Empfänger seien, sehr schwer sei, ihre Kinder gesund zu ernähren.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

1. Die Stadt Hagen nimmt für die Schuljahre 2007/2008 und 2008/2009 am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ im Bereich der Offenen Ganztagschulen teil.
2. Das Angebot des Mittagstisches wird -soweit möglich- umfassend durch die Kooperationspartner durchgeführt.
3. Für den städtischen Eigenanteil werden pro Schuljahr maximal 100.000 € aus der Sparkassenspende zur Verfügung gestellt.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

## **7. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe Vorlage 0542/2007 - Vorstellung des Jahresberichtes des DGB**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Dreyer stellt den Jahresbericht des DGB vor.

Frau Kurte hält die Beschreibung der Arbeit im Verhältnis zur Förderung für zu spärlich. Sie möchte wissen, was sich hinter den im Bericht angesprochenen 35 Veranstaltungen verbirgt.



Frau Dreyer beantwortet die Frage.

Frau Kurte erklärt, sie habe ein anderes Verständnis von Jugendarbeit, die bezuschusst werde. Der Deutsche Gewerkschaftsbund bilde doch für seine Gewerkschaft aus.

Frau Dreyer hält dem entgegen, dass sie keine Mitgliederkampagnen, sondern Informationskampagnen durchführten. Es gehe darum, junge Menschen über ihre rechtlichen Möglichkeiten aufzuklären.

Herr Strüwer möchte wissen, ob sie nur für Hagen oder auch für Nachbarstädte zuständig sei. Wenn dem so sei, seien in den anderen Kommunen auch entsprechende Förderungsanträge anhängig?

Frau Dreyer erklärt, sie sei schwerpunktmäßig für Hagen, aber auch für den Bereich Ruhr-Mark zuständig.

Herr Strüwer erläutert, dass es in dem Fall naheliegend sei, dass es eine Kostenaufteilung gebe. Er möchte wissen, ob es so gehandhabt werde.

Frau Dreyer berichtet, dass die Personalkosten zur Hälfte vom DGB Kreis und zur anderen Hälfte von der Stadt Hagen getragen würden. Nach ihrem Wissen gebe es von den anderen Kommunen keinen Personalkostenzuschuss.

Herr Schledorn gibt zu bedenken, dass die DGB-Jugend der einzige Jugendverband sei, der sich explizit im Bereich der Jugendberufshilfe und Sozialarbeit an Jugendliche richte.

Herr Haensele entgegnet, dass es auch noch andere gebe, die den Übergang zwischen Schule und Beruf begleiten. Er unterstütze die Aussage jedoch im Hinblick auf die unterschiedlichen Klangfarben. Man wolle in Hagen eine Trägervielfalt haben.

Er erlaubt sich, darauf hinzuweisen, dass es zukünftig sinnvoll sei, darauf zu achten, dass bezüglich der Darstellung der Jahresberichte auf der Geschäftsführerebene eingeladen würde, damit Mitarbeiter nicht in die Verlegenheit kämen, Auskünfte zu erteilen, die den Träger angingen.

Herr Strüwer ist der Meinung, dass jeder Träger für sich entscheide, wen er in den Ausschuss schicke.

Er bedankt sich ganz herzlich bei Frau Dreyer und wünscht ihr alles Gute. In der nächsten Sitzung werde die evangelische Jugend ihren Tätigkeitsbericht vorstellen.



## 8. Präsentation der Arbeitsergebnisse der AG Wohnen

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke trägt als Mitwirkender der Arbeitsgemeinschaft den Bericht vor. Ziel sei es, dass auch in Hagen eine Familienfreundlichkeitsprüfung stattfindet, wenn es um Planungen der Stadt gehe. Das vorliegende Papier sei eine Diskussionsgrundlage. Man habe sich eines Papiers der Stadt Würzburg bedient. Es sei im Rat der Stadt Würzburg verabschiedet und als Handlungsempfehlung an die Verwaltung gegeben worden. Man hoffe, dass die Inhalte in Hagen Berücksichtigung fänden.

Herr Dr. Schmidt ist der Meinung, dass der vorliegende Bericht für eine Ratsvorlage zu umfassend sei. Er bedankt sich herzlich für den Bericht. Ihm persönlich gefalle das Thema Familienfreundlichkeitsprüfung. Er schlägt dem Ausschuss vor, diesen Bericht als Material mit in die Verwaltung zu nehmen und zu gegebener Zeit zum Thema Familienfreundlichkeitsprüfung als Selbstverpflichtung des Rates anzudenken. Er werde versuchen, dem Ausschuss Anfang des nächsten Jahres eine entsprechende Vorlage zu präsentieren.

Herr Strüwer bedankt sich für den unterbreiteten Vorschlag. Ihm sei aufgefallen, dass kompakt stichwortartig alle Lebensbereiche aufgegriffen worden seien. Er könne sich vorstellen, dass dieses Werk bei Stadtteilplanungen als Hilfe zur Hand genommen würde. Man müsse natürlich feststellen, dass man in den vergangenen Monaten auf einer ähnlichen Grundlage in vielen verschiedenen Bereichen diskutiert habe. Vielleicht sei es eine Schwäche in Hagen, dass man sich zu sehr verzettele. Er wünsche sich, dass man all dieses zusammenfasse, was derzeit in der Diskussion sei. Dieses Werk habe sicherlich Vorbildcharakter, weil es kompakt und übersichtlich sei. Es sei ein guter Vorschlag von Herrn Dr. Schmidt, diese Inhalte in Form einer Vorlage Anfang des Jahres dem Ausschuss vorzulegen, um unter dem Aspekt der Familienfreundlichkeit zu einer Selbstverpflichtung im Rat zu kommen. Er bedankt sich bei allen Akteuren für ihr großartiges Engagement und stellt abschließend fest, dass die Ausschussmitglieder mit dem gemachten Vorschlag einverstanden sind.

## 9. Vorschlag der CDU-Fraktion gem. § 6 GeschO des Rates Hier: Informationen des Fachbereiches Jugend & Soziales im Internet Vorlage: 0822/2007

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erklärt, dass dieses Thema schon mehrfach angesprochen worden sei. Es sei in Aussicht gestellt worden, die Dinge umzusetzen. Leider habe er feststellen müssen, dass dies nicht so passiert sei. Aus diesem Grunde läge dieser Antrag heute vor.

Es sollten im Internet alle Jugendeinrichtungen aufgeführt sein, sowohl städtische als auch die freier Träger. Mit dem gesamten Neuauftritt der Stadt Hagen



im Internet sei der Hinweis auf das Bündnis für Familien von der Startseite verschwunden.

Herr Steuber teilt die dargelegte Auffassung. Er erklärt, dass dies auch der Vorschlag des Fachbereiches Jugend & Soziales gewesen sei. Man habe sich dabei nicht durchsetzen können. Man habe intensiv recherchiert, wie andere Städte sich im Eingangportal präsentierten. Es gebe hier sowohl Handlungsfelder als auch zielgruppenorientierte Darstellungen. Ihm fehle der Begriff „Kinder, Familie und Jugendliche“ schon seit langem. Mit der Rückendeckung dieses Antrages wolle man erneut versuchen, eine Diskussion anzuregen. Es sei eine Arbeitsgruppe im Fachbereich zu diesem Thema gebildet worden. Es gebe bereits heute die Möglichkeit in der Verlinkung des Kinder- und Jugendstadtplanes zu den nichtstädtischen Jugendzentren zu kommen. Es sei jedoch kein Problem, die Darstellung im Sinne des Antragstellers zu ergänzen.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das Internetangebot des Fachbereichs Jugend & Soziales zu ergänzen, in die Liste „Jugendzentren nach Stadtteilen“ sollen auch die Jugendzentren der Freien Träger aufgenommen werden.
2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob der Hinweis auf „Familie, Kinder, Jugendliche“ als Menüpunkt auf der Startseite [www.hagen.de](http://www.hagen.de) eingerichtet werden kann.

## **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen



**10. Erste Durchführungsvorlage zum Kinder- und Jugendförderplan 2007 - 2009; Einrichtung des Kinder- und Jugendzentrums Wehringhausen sowie Fortführung der Angebote für Jugendliche in Kabel**

**Vorlage: 0811/2007**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach teilt vorab mit, dass eine Anlage aufgrund einer technischen Panne nicht gedruckt worden sei. Diese sei jetzt als Tischvorlage verteilt worden.

Herr Dr. Schmidt berichtet, dass der Verwaltungsvorstand darüber gestolpert sei, dass es laut Presse ein neues Jugendzentrum in Wehringhausen geben solle. Er habe dazu Stellung genommen, dass dies im Rahmen des Jugendförderplans vom Rat beschlossen worden sei. Man befinde sich jetzt in der Umsetzungsphase. Es werde sogar durch Umschichtung eine Stelle eingespart. Nach dem Willen des Ausschusses werde die Jugendarbeit in Wehringhausen verstärkt. Trotz dieser Erklärungen wolle der Verwaltungsvorstand diese Vorlage im nächsten Haupt- und Finanzausschuss beraten. Die Ausschussmitglieder könnten in ihren Fraktionen dafür sorgen, dass Ratsbeschlüsse gelten und von der Verwaltung umzusetzen seien. Er bäte daher um ein einstimmiges Votum in dieser Sache.

Frau Burg-Ahrendt unterstützt die Ausführungen von Herrn Dr. Schmidt. Die Durchführung des Kinder- und Jugendförderplans sei am 27. Februar im Jugendhilfeausschuss, am 26. April im Haupt- und Finanzausschuss und am 10. Mai im Rat beschlossen worden. Sie denke, dass nicht wieder alles neu aufgerollt werden sollte.

Herr Dücker ist der Meinung, dass man diese Vorlage auch in Zusammenhang mit der nächsten Vorlage bringen müsse. Dann sei in den Fraktionen auch Argumentationsmaterial vorhanden, um die Wichtigkeit dieses Vorhabens zu dokumentieren.

Außerdem regt er an, die im letzten Sozialausschuss beratene Ergänzung des Armutsberichtes bei jeder Stadtteilplanung zu berücksichtigen, weil man daraus Konsequenzen ziehen müsse. Er wünsche sich, dass man gerade bei den Kindern von SGB III - Empfängern prüfe, ob man Sondermaßnahmen im Bildungsbereich anbieten könne. Das halte er gerade bei der Diskussion um eine soziale Stadt für immens wichtig.

Herr Finkensiep ist empört darüber, dass man sich damit befassen müsse, nachdem so viele Menschen sich bemüht hätten, den Jugendförderplan auf den Weg zu bringen. Der Vorsitzende des Ausschusses habe den Plan als Meilenstein bezeichnet. Müsse man jetzt wieder ganz von vorne anfangen? Womit hätten die freien Träger zukünftig zu rechnen, wenn das Methode würde? Was seien Förderpläne wert, die durch alle Gremien und abschließend durch den Rat verabschiedet worden seien? Dies sei kein Umgang mit der Arbeit, die in einem Jugendförderplan stecke. Er könne den Ausschuss und die Fraktionen



nur bitten, den Vorschlag so zu beschließen und dafür zu kämpfen, dass die Umsetzung des Jugendförderplans vorangetrieben werde.

Frau Klos-Eckermann ärgert sich darüber, dass es in einer Diskussion, in der es um Jugend und Soziales ginge, andere Maßstäbe Gültigkeit hätten als in anderen Bereichen. Sie könne das nicht so hinnehmen und sie werde in ihrer Fraktion für diese Vorlage kämpfen. Sie freue sich jedoch darüber, dass der Stadtteil Kabel durch diese Maßnahme aufgewertet würde.

Herr Strüwer stellt fest, dass der Ausschuss wenig Verständnis dafür habe, dass das Rad jetzt noch einmal zurückgedreht werde. Zur Ehrenrettung müsse er anführen, dass vielleicht die Tragweite dieser Entscheidung nicht so bewusst gewesen sei, als man versucht habe, diese Vorlage in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen. Die Vorlage sei für den Jugendhilfeausschuss unter dem Stichwort Durchführungsverordnung aufbereitet worden. Dieser Ausschuss sei sich darüber bewusst, dass gerade dieser Bereich eine Finanzdisziplin an den Tag gelegt habe wie kein anderer. Budgets und Kontrakte seien im Gegensatz zu anderen Bereichen eingehalten worden. Es habe hier eine stetige Diskussion über Innovation und Veränderungen im System gegeben. Man sei sich vorbildlich darüber einig gewesen, dass es Neuerungen auf diesem Gebiet nur durch Umstrukturierungen geben könne. Dies sei in vielen Punkten erfolgreich gelungen. Man habe vertrauensvoll miteinander gearbeitet. Der Plan müsse Gültigkeit haben.

Diese Fakten müssten noch einmal deutlich gemacht werden. Auch das Stichwort „Kontrakt“ und der Kinder- und Jugendförderplan mit seiner gesetzlichen Bindung müssten als Argumentation herangezogen werden. Er habe gute Hoffnung, dass der Verwaltungsvorstand und die Fraktionsspitzen diese Sache über den kurzen Dienstweg vom Tisch brächten. Es gehe auch um den Vertrauensschutz des Trägers.

Herr Fischer ist der Meinung, dass der Gesetzesstatus, der im Hinblick auf Jugendarbeit eingetreten sei, hier zum ersten Mal gekippt würde. Es gehe hier nicht mehr um eine freiwillige Leistung, sondern um eine Pflichtaufgabe. In seiner Funktion als Vorsitzender des Jugendrings bitte er den Ausschuss eindringlich, das, was gesagt worden sei, im Rahmen der Fraktionen umzusetzen und zu transportieren, was der Hintergrund dieser Vorlage sei. Als Träger eines Teils der Vorlage weist er darauf hin, dass man natürlich in Vorleistung getreten und sehr froh sei, dass man eine Gemeinde gefunden habe, die Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt habe. Jetzt müsse Personal eingestellt werden. Man habe darauf vertraut, dass der Bewilligungsbescheid der Kämmerei für die Baumaßnahmen in Kürze weitergeleitet würde. Er führt Beispiele an, die verdeutlichen, was Verlässlichkeit von Jugendhilfeplanung und Jugendförderplan bedeute.

**Herr Fischer stellt den Antrag auf eine umgehende Umsetzung der Maßnahme im Hinblick auf den Umbau und die vorgelegten Personalkonzepte.** Es handele sich nur um eine Verlagerung von bereits bestehenden Aktivitäten der Jugendarbeit.

Herr Goldbach weist auf eine notwendige Ergänzung des Beschlussvorschlages im Hinblick auf die Beratungen in den Bezirksvertretungen Mitte und Nord



hin.

Er erläutert, aus welchen Gründen die Vorlage als Durchführungsvorlage präsentiert wurde.

Als Vertreterin des Trägers dieser zukünftigen Einrichtung möchte sich Frau Nowicki ganz herzlich bei den Ausschussmitgliedern für die positiven Voten bedanken. Sie appelliert dringend an den Rat, dass man Ratsbeschlüssen zukünftig vertrauen könne.

Herr Strüwer stellt fest, dass sich die Ausschussmitglieder in der Sache einig seien und stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung. Man gehe davon aus, dass es keiner zusätzlichen Beschlussfassung in einem anderen Gremium bedürfe. Der Appell an den Oberbürgermeister sei eindeutig.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Ev. Jugend im Kirchenkreis Hagen mit der Trägerschaft der offenen Kinder- und Jugendeinrichtung in Wehringhausen auf Grundlage des vorgelegten Konzeptes.
2. Die Betriebskostenförderung für die Kinder und Jugendeinrichtung in Wehringhausen beträgt für das Jahr 2007 20.000 € sowie ab dem Jahr 2008 89.000 € p.a.
3. Die Ev. Jugend erhält einen einmaligen Zuschuss für den Umbau und die Ersteinrichtung der Kinder- und Jugendräume in der Paulus-Kirchengemeinde von 100.000 €.
4. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt das Diakonische Werk Hagen / EN mit der Fortführung der Angebote für Jugendliche im Jugendcafé Kabel.
5. Die Betriebskostenförderung für die Kinder- und Jugendeinrichtung in Kabel beträgt für das IV. Quartal 2007 8.000 € sowie ab dem Jahr 2008 35.000 € p.a.
6. Die Bezirksvertretungen Mitte und Nord sind zu beteiligen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

11. **Zwischenbericht über die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm Soziale Stadt**  
**Vorlage: 0737/2007**

### **Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Diese Vorlage wurde zusammen mit der vorherigen Vorlage beraten.



## Beschluss:

Der Zwischenbericht über die Entwicklung eines Integrierten Handlungskonzeptes zur Aufnahme des Stadtteils Wehringhausen in das Landesprogramm Soziale Stadt wird zur Kenntnis genommen.

## Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

## 12. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Frau Kurte bittet um eine Darstellung der Arbeitsgemeinschaften I bis V, aus denen ersichtlich wird, welche Inhalte dort beraten werden.

Herr Goldbach sagt zu, dies dem Protokoll mit Titel und Aufgabenbereich **als Anlage** beizufügen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

Gez. \_\_\_\_\_

Willi Strüwer  
Vorsitzender

Gez. \_\_\_\_\_

Sabine Krause  
Schriftführerin